



Vorlage VA_16/2016
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 18.07.2016

mit 4 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

**Erweiterung des Kreishauses - 2. Bauabschnitt
Vergabe von Bauleistungen
- Auftragsvergaben**

1. Ausgangslage

Der Kreistag hat am 17.07.2015 die Baufreigabe nach den Ausführungsplänen des Architekturbüros Kubeneck, Berlin, neben Kostenanschlag mit veranschlagten Gesamtkosten für die Erweiterung des Kreishauses in Höhe von 22,3 Mio. Euro und für das Backsteingebäude Friedrichstraße 71 in Höhe von 2,4 Mio. Euro erteilt. In den Sitzungen des Verwaltungsausschusses am 04.04.2016 und des Kreistags am 15.04.2016 wurden die Gewerke Trockenbau, Estrich und Bodenbelag, Hohl-/Doppelboden, Mess- und Regeltechnik, Stahl-/Glastüren und Roll- u. Festregale und die Küchen- und Lehrbereiche vergeben. Die für EU-Vergaben geforderten 80 % der Bauaufträge wurden erreicht, so dass nun nicht mehr EU-weit ausgeschrieben werden muss.

2. Stand der Baumaßnahme

Die Rohbauarbeiten kommen gut voran. Bis auf die hochbelasteten Stützen und den Fertigteiltreppen werden alle Betonbauteile mit Recyclingbeton ausgeführt. Der Landkreis wurde dafür bereits mehrfach öffentlich für seine Vorreiterrolle gelobt. Die Sichtbetongüte des Recyclingbetons hat eine gute Qualität. Am 07.12.2015 ging ein Förderbescheid des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg ein. Dank der innovativen Verwendung des RC-Materials konnte das Land eine Förderung in Höhe der Mehrkosten (50.037,19 Euro) ermöglichen.

Im Backsteingebäude Friedrichstraße 71 wurden die Fenster in den Obergeschossen eingebaut. Die bestehenden Holzträger wurden konstruktiv verstärkt. In Bereichen wo Wände abgerissen werden mussten, wurden Stahlträger eingezogen.

3. Verifizierung der Baukosten und Ausschreibungsverfahren

Das nun zu vergebende Vergabepaket umfasst die öffentlich ausgeschriebenen Gewerke Datentechnik, Malerarbeiten, Schlosserarbeiten und Fliesenarbeiten. Wie man aus Anlage 2 erkennen kann, kommen die meisten Bieter aus dem Landkreis Ludwigsburg. Die Angebotspreise der erstplatzierten Bieter sind insgesamt günstiger als die von den Planern bepreisten Leistungsverzeichnisse erwarten ließen. Es sind nun rund 90 % der berechneten Baukosten submittiert und bis zum Ende der Bauzeit abgesichert.

Für die noch nicht ausgeschriebenen Gewerke wurden die Kosten anhand sorgfältiger Mas-senermittlungen errechnet. Die Nebenkosten der Bauplanung und Baudurchführung wurden mit den honorarfähigen Kosten des vorläufigen Kostenanschlags ermittelt. Nach diesem Kostenanschlag des Architekten, der von der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH geprüft wurde, belaufen sich die prognostizierten Gesamtkosten für den 2. Bauabschnitt der Kreishaus-erweiterung immer noch auf 22,3 Mio. und für das Backsteingebäude auf rund 2,5 Mio. Euro (s. Anlage 1). Die Gesamtkosten reduzieren sich trotz der günstigeren Ausschreibungsergebnisse nicht, da vorwiegend durch die Bauzeitverzögerung bedingte Nachträge vorliegen, die den Ausschreibungsvorteil voraussichtlich ausgleichen. Diese vorliegenden Nachträge sind jedoch größtenteils noch nicht genehmigt, da die Prüfung sehr aufwendig ist. (s. Anlage 3)

Die leichte Erhöhung beim Backsteingebäude kann durch den günstigen Preis bei den Regalanlagen im Ausstattungsbudget kompensiert werden. Die Kosten liegen also noch im Rahmen der Gesamtbudgets. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Kosten nach DIN 276 (Kostengruppen 200-500) entsprechend der bisherigen Kostenberechnung ohne Mobiliar und bewegliche Einrichtung ermittelt sind. Die Kosten für die notwendige Ausstattung des Neubaus belaufen sich auf der Basis des derzeitigen Ausstattungsprogramms des Kreishauses auf rund 900.000 Euro und für die Regalanlagen und Ausstattungen des Backsteingebäudes auf 425.000 Euro.

4. Termine

Aufgrund des separat zu beprobenden und zu entsorgenden Auffüllungsmaterials kam es durch die erschwerten Erdarbeiten zu einer über zweimonatigen Bauverzögerung. Es wird versucht, diese Zeit wieder einzuholen. Die Fertigstellung wird derzeit auf September 2017 terminiert.

5. Finanzierung

Die Finanzierung für die Bauvorhaben ist im Haushaltsplan bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung wie folgt enthalten:

2. BA Erweiterung des Kreishauses:

2014	1.200.000 €
2015	5.000.000 €
2016	11.500.000 €
2017	4.600.000 €
Gesamtsumme:	22.300.000 €

Friedrichstraße 71 :

2014	150.000 €
2015	750.000 €
2016	1.100.000 €
2017	400.000 €
Gesamtsumme:	2.400.000 €

6. Projektgruppe Kreishausenerweiterung

Auf eine vorgeschaltete Projektgruppensitzung wurde diesmal aufgrund der eher untergeordneten Vergaben einvernehmlich verzichtet. Die Projektgruppenmitglieder wurden darüber bereits am 11.05.2016 informiert und waren mit der Vorgehensweise einverstanden.

7. Auftragsvergaben

Da in einem Vergabeverfahren spätere rechtliche Auseinandersetzungen nicht auszuschließen sind, kommt etwaigen Mitwirkungsverboten im Vergabeverfahren eine besondere Bedeutung zu. Daher sind persönliche Verbindungen zwischen der Vergabestelle und einem Bieter oder Bewerber von vornherein auszuschließen. In § 16 VgV ist der Kreis der von Entscheidungen im Vergabeverfahren ausgeschlossen Personen benannt (s. Anlage 4). Das Mitwirkungsverbot bezieht sich auf alle Bieter oder Bewerber die am Verfahren teilgenommen haben.

Die geprüften Angebotssummen sämtlicher Gewerke sind aus Anlage 2 ersichtlich. Nachstehend sind die erstplatzierten Bieter für die einzelnen Gewerke aufgeführt:

1. Malerarbeiten, Fa. Jörg Weiß GmbH, Ilsfeld	244.289,99 €
2. Fliesenarbeiten, Fa. Au-Gehung Fliesen GmbH, Nürtingen	149.179,02 €
3. Datennetzwerk, Fa. Noz Elektrotechnik GmbH, Ludwigsburg	298.808,20 €

Bei dem Gewerk Schlosserarbeiten ist kein Angebot eingegangen. Die Verwaltung empfiehlt nun eine beschränkte Ausschreibung mit 6-8 Bewerbern durchzuführen. Um keine Zeit zu verlieren soll der Zuschlag, wenn ein angemessenes Angebot vorliegt, direkt erfolgen. Die Verwaltung wird im nächsten Verwaltungsausschuss berichten.

8. Nachtrag Firma Inoclad

Die dem Grunde nach gerechtfertigten Nachtragsforderungen der Fassadenfirma Inoclad in der Höhe von 671.734,77 € ergeben sich aus der Verzögerung, die durch die Erdbauarbeiten verursacht wurde. Die damit einhergehende Änderung des vertraglich vereinbarten Montagezeitraumes werden Lager- als auch Erschwerniskosten im Rahmen der Ausführung verursachen. In Zusammenarbeit mit unserem Rechtsbeistand, dem Fachbereich Prüfung und Revision, der Projektsteuerung, dem Architekten und der Bauverwaltung konnte nach harten und langwierigen Verhandlungen eine Einigung unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Verwaltungsausschusses erzielt werden. Der Nachtrag wurde in zwei langen Verhandlungsrunden auf 357.000 € gekürzt und umfasst sämtliche Ansprüche der Firma Inoclad aus der Bauzeitverschiebung sowie der angezeigten Behinderungen abschließend und endgültig. Weitere finanzielle Ansprüche aus der Bauzeitverschiebung - gleich aus welchem Rechtsgrund - können damit nicht mehr geltend gemacht werden. Die Verwaltung empfiehlt, dem Nachtrag zuzustimmen. Von einer gerichtli-

chen Auseinandersetzung wird abgeraten, da noch weitere Gutachter- und Gerichtskosten hinzukämen und der Ausgang ungewiss wäre.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss,

- stimmt den Vergaben gemäß Ziffer 7. der Vorlage zu
- stimmt dem Nachtrag der Firma Inoclad Engineering, Ilshofen, über 357.000 Euro brutto zu